

## 15. Wahlperiode

---

### **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Für einen fairen Taxi-Rufsäulen-Betrieb**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, dass die Abrechnung der mit dem Taxi-Rufsäulen-Betrieb verbundenen Kosten in einer für alle an das Rufsäulensystem angeschlossenen Taxen transparenten und fairen Weise erfolgt. Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Taxibesetzer eG (WBT) ist im Rahmen ihrer Abrechnungen zur Offenlegung der mit den Rufsäulen einhergehenden Betriebskosten und zur gleichmäßigen Umlegung der Kosten auf die angeschlossenen Taxen zu verpflichten. Dem Abgeordnetenhaus ist unter Offenlegung der mit der WBT getroffenen Vereinbarungen zeitnah zu berichten.

#### *Begründung:*

Die von der WBT praktizierte Abrechnung der mit dem Taxi-Rufsäulen-Betrieb einhergehenden Kosten gegenüber den angeschlossenen Taxen ist unter Wettbewerbsgesichtspunkten als problematisch anzusehen. Die WBT verlangt von den Taxiunternehmen für die Nutzung der Rufsäulen monatliche Pauschalbeträge, ohne jedoch ihre diesbezüglichen Einnahmen und Kosten offenzulegen und in für die Taxiunternehmen nachvollziehbarer Weise abzurechnen.

Die Rufsäulen stehen auf öffentlichem Straßenland, befinden sich jedoch im Eigentum der WBT und werden von ihr bewirtschaftet. Die WBT hat sich gegenüber Berlin verpflichtet, den Zugang zu den Rufsäulen allen konzessionierten Taxiunternehmen gegen Zahlung der anteiligen Kosten zu gestatten. Die vertraglichen Einzelheiten Berlin/WBT sind nicht bekannt, insbesondere, ob die ursprüngliche Verpflichtung der WTB zur turnusgemäßen Abrechnung noch besteht und - hier von besonderem Interesse - ob die WBT für die Nutzung des öffentlichen Straßenlands überhaupt noch Entgelte zahlt.

Die undurchsichtige Abrechnungspraxis der WBT ist in einem Gerichtsurteil beanstandet, bislang aber nicht abgestellt worden. Es muss angenommen werden, dass diese Praxis eine einseitige Belastung der betroffenen Taxiunternehmen beinhaltet. Der Senat ist aufgefordert, Licht in die Sache zu bringen und den unhaltbaren Zustand endlich zu beenden.

Berlin, den 30. Mai 2006

Dr. Lindner      v. Lüdeke

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP